

Telefon: 0 233-68208
Telefax: 0 233-68254

Sozialreferat
Amt für Soziale Sicherung
S-I-S/F/Q

Terminverlängerung für aufgegriffene und noch in Bearbeitung befindliche Stadtratsanträge – Amt für Soziale Sicherung

„Wohnen im Viertel“ – insbesondere in der Mitterfeldstraße

Antrag Nr. 14-20 / A 04455

von Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar, Frau Stadträtin Verena Dietl, Frau Stadträtin Simone Burger, Frau Stadträtin Anne Hübner, Herrn Stadtrat Cumali Naz, Frau Stadträtin Renate Kürzdörfer und Frau Stadträtin Heide Rieke vom 20.09.2018

Weiterentwicklung der Investitionskostenförderung von vollstationären Pflegeeinrichtungen

Antrag Nr. 14-20 / A 04792

von Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Anne Hübner und Herrn Stadtrat Marian Offman vom 14.12.2018

Grundsicherung im Alter: deutlich erhöhten Münchner Regelsatz ermöglichen!

Antrag Nr. 14-20 / A 04896

von Frau Stadträtin Anne Hübner, Herrn Stadtrat Christian Müller und Frau Stadträtin Verena Dietl vom 24.01.2019

Rechtsschutz für Münchner Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen

Antrag Nr. 14-20 / A 05074

von Frau Stadträtin Anne Hübner, Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Verena Dietl, Frau Stadträtin Simone Burger, Frau Stadträtin Renate Kürzdörfer und Herrn Stadtrat Christian Vorländer vom 08.03.2019

Mieterschutz verbessern: Die Landeshauptstadt übernimmt Mietervereinsgebühren für München-Pass-Berechtigte

Antrag Nr. 14-20 / A 04893

von DIE LINKE vom 23.01.2019

Zweites ASZ in Laim

Antrag Nr. 14-20 / A 05201

von Frau Stadträtin Alexandra Gaßmann, Frau Stadträtin Sabine Bär und Frau Stadträtin Heike Kainz vom 05.04.2019

Weiteres Alten- und Servicezentrum in Hadern ermöglichen

Antrag Nr. 14-20 / A 06521

von der SPD-Fraktion vom 15.01.2020

Einrichtung eines ASZ plus im Neubaugebiet Freiham sowie in Lochhausen

Antrag Nr. 14-20 / A 04607

von Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Verena Dietl, Frau Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar und Herrn Stadtrat Gerhard Mayer vom 26.10.2018

Alten- und Service-Zentrum Berg am Laim sanieren!

Antrag Nr. 14-20 / A 02100

von Frau Stadträtin Anne Hübner, Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Verena Dietl, Frau Stadträtin Bettina Messinger und Frau Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar vom 09.05.2016

Kostenloses Mittagessen für alle Besucherinnen und Besucher der Alten-Service-Zentren in München möglich?

Antrag Nr. 14-20 / A 06681

von Frau Stadträtin Alexandra Gaßmann, Herrn Stadtrat Thomas Schmid, Frau Stadträtin Heike Kainz, Frau Stadträtin Dr. Manuela Olhausen, Frau Stadträtin Ulrike Grimm und Frau Stadträtin Anja Burkhardt vom 06.02.2020

Zuschuss zum Kauf von Computerausstattung für einkommensschwache Familien

Antrag Nr. 20-26 / A 00020

von der CSU-Fraktion vom 12.05.2020

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 01013

11 Anlagen

Beschluss des Sozialausschusses vom 15.10.2020 (SB + VB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zur beiliegenden Beschlussvorlage

Anlass	<ul style="list-style-type: none"> ● Antrag Nr. 14-20 / A 04455 vom 20.09.2018 ● Antrag Nr. 14-20 / A 04792 vom 14.12.2018 ● Antrag Nr. 14-20 / A 04896 vom 24.01.2019 ● Antrag Nr. 14-20 / A 05074 vom 08.03.2019 ● Antrag Nr. 14-20 / A 04893 vom 23.01.2019 ● Antrag Nr. 14-20 / A 05201 vom 05.04.2019 ● Antrag Nr. 14-20 / A 06521 vom 15.01.2020 ● Antrag Nr. 20-26 / A 00020 vom 12.05.2020 ● Antrag Nr. 14-20 / A 04607 vom 26.10.2018 ● Antrag Nr. 14-20 / A 02100 vom 09.05.2016 ● Antrag Nr. 14-20 / A 06681 vom 06.02.2020 ● Für diese Anträge ist eine Terminverlängerung erforderlich
Inhalt	<ul style="list-style-type: none"> ● Wohnen im Viertel ● Weiterentwicklung der Investitionskostenförderung ● Erhöhter Regelsatz ● Mieterschutz ● Alten- und Service-Zentren ● Kostenloses Mittagessen ● Zuschuss zum Kauf von Computerausstattung
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	(-/-)
Entscheidungsvorschlag	<ul style="list-style-type: none"> ● Den vorgeschlagenen Terminverlängerungen wird zugestimmt.
Gesucht werden kann im RIS auch unter:	<ul style="list-style-type: none"> ● Pflege ● Wohnen im Alter ● Alten- und Service-Zentrum ● ASZ

	<ul style="list-style-type: none">● Laptops● München-Pass● Mittagessen
Ortsangabe	(-/-)

Terminverlängerung für aufgegriffene und noch in Bearbeitung befindliche Stadtratsanträge – Amt für Soziale Sicherung

„Wohnen im Viertel“ – insbesondere in der Mitterfeldstraße

Antrag Nr. 14-20 / A 04455
von Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar, Frau Stadträtin Verena Dietl, Frau Stadträtin Simone Burger, Frau Stadträtin Anne Hübner, Herrn Stadtrat Cumali Naz, Frau Stadträtin Renate Kürzdörfer und Frau Stadträtin Heide Rieke vom 20.09.2018

Weiterentwicklung der Investitionskostenförderung von vollstationären Pflegeeinrichtungen

Antrag Nr. 14-20 / A 04792
von Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Anne Hübner und Herrn Stadtrat Marian Offman vom 14.12.2018

Grundsicherung im Alter: deutlich erhöhten Münchner Regelsatz ermöglichen!

Antrag Nr. 14-20 / A 04896
von Frau Stadträtin Anne Hübner, Herrn Stadtrat Christian Müller und Frau Stadträtin Verena Dietl vom 24.01.2019

Rechtsschutz für Münchner Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen

Antrag Nr. 14-20 / A 05074
von Frau Stadträtin Anne Hübner, Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Verena Dietl, Frau Stadträtin Simone Burger, Frau Stadträtin Renate Kürzdörfer und Herrn Stadtrat Christian Vorländer vom 08.03.2019

Mieterschutz verbessern: Die Landeshauptstadt übernimmt Mietervereinsgebühren für München-Pass-Berechtigte

Antrag Nr. 14-20 / A 04893
von DIE LINKE vom 23.01.2019

Zweites ASZ in Laim

Antrag Nr. 14-20 / A 05201

von Frau Stadträtin Alexandra Gaßmann, Frau Stadträtin Sabine Bär und Frau Stadträtin Heike Kainz vom 05.04.2019

Weiteres Alten- und Servicezentrum in Hadern ermöglichen

Antrag Nr. 14-20 / A 06521

von der SPD-Fraktion vom 15.01.2020

Einrichtung eines ASZ plus im Neubaugebiet Freiham sowie in Lochhausen

Antrag Nr. 14-20 / A 04607

von Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Verena Dietl, Frau Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar und Herrn Stadtrat Gerhard Mayer vom 26.10.2018

Alten- und Service-Zentrum Berg am Laim sanieren!

Antrag Nr. 14-20 / A 02100

von Frau Stadträtin Anne Hübner, Herrn Stadtrat Christian Müller, Frau Stadträtin Verena Dietl, Frau Stadträtin Bettina Messinger und Frau Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar vom 09.05.2016

Kostenloses Mittagessen für alle Besucherinnen und Besucher der Alten-Service-Zentren in München möglich?

Antrag Nr. 14-20 / A 06681

von Frau Stadträtin Alexandra Gaßmann, Herrn Stadtrat Thomas Schmid, Frau Stadträtin Heike Kainz, Frau Stadträtin Dr. Manuela Olhausen, Frau Stadträtin Ulrike Grimm und Frau Stadträtin Anja Burkhardt vom 06.02.2020

Zuschuss zum Kauf von Computerausstattung für einkommensschwache Familien

Antrag Nr. 20-26 / A 00020

von der CSU-Fraktion vom 12.05.2020

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 01013

11 Anlagen

Beschluss des Sozialausschusses vom 15.10.2020 (SB + VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Zusammenfassung

Mit Beschluss vom 17.05.2017, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08682 hat der Stadtrat mit Wirkung zum 01.06.2017 eine neue Regelung in § 60 Absatz 2 der GeschO des Stadtrats eingefügt. Demnach müssen aufgegriffene Anträge, die nach dem 31.05.2017 gestellt wurden, innerhalb von weiteren 6 Monaten abschließend behandelt werden, soweit der Stadtrat nichts anderes beschließt. Die Regelung sieht keine Fristverlängerung vor, d. h. für aufgegriffene Anträge kann keine Fristverlängerung mehr bei den Antragssteller*innen beantragt werden. Vielmehr ist hierfür ein Beschluss des Stadtrats erforderlich.

Darüber hinaus legt das Sozialreferat drei weitere derzeit noch in Bearbeitung befindliche, aber noch nicht aufgegriffene Stadtratsanträge mit der Bitte um Fristverlängerung vor.

1 Terminverlängerung für aufgegriffene Stadtratsanträge

1.1 Antrag zu Wohnen im Viertel

Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04455 (Anlage 1) wurde im Sozialausschuss am 14.03.2019 aufgegriffen bis 30.06.2020. Er konnte bislang noch nicht abschließend bearbeitet werden. Im Zuge des Zuständigkeitswechsels in der Hilfe zur Pflege werden seit 01.01.2019 alle Leistungen im Rahmen des Bestandschutzes als Einzelfallhilfe vollumfänglich durch den Bezirk Oberbayern weitergeführt. Sämtliche Finanzierungsbestandteile wurden analog der Regelungen der Landeshauptstadt München übernommen.

Die GEWOFAG Service GmbH hat zwischenzeitlich ein Kooperationstreffen mit den kooperierenden Pflegeanbieter*innen, dem Sozialreferat und dem Bezirk Oberbayern organisiert und durchgeführt. Die Kooperationspartner*innen waren in Abstimmung mit der GEWOFAG Service GmbH aufgefordert, eine Darstellung ihrer entstehenden Kosten und der daraus resultierenden fehlenden Finanzierung bis Ende April 2020 zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage sollte geprüft werden, inwiefern trotz Weiterführung der Einzelfallhilfe in unverändertem Umfang Finanzierungslücken bei den

Kooperationspartner*innen entstehen. Bislang liegen noch keine belastbaren Berechnungen zu einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf vor.

Im Verlauf des Jahres 2019 wurden zudem von der GEWOFAG Holding GmbH und dem Sozialreferat mehrere Umsetzungsvorschläge für die Mitterfeldstraße geprüft. Demnach können erst im Rahmen von baulichen Sanierungsmaßnahmen Nachverdichtungspotentiale genutzt werden, um einen langfristigen Standort für das Wohncafé zu sichern. In einem nachfolgenden Abstimmungsgespräch wurde daher vereinbart, dass im Rahmen der bestehenden sozialen Infrastrukturen im Quartier Übergangslösungen, wie zum Beispiel die Mitnutzung des fußläufig erreichbaren Alfons-Hoffmann-Hauses, für Mittagessen und Nachmittagsangebote geprüft werden.

Eine abschließende Bearbeitung war bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Beschlussvorlage nicht möglich. Zudem können zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinerlei Aussagen über die für den Erhalt des Wohncafés anfallenden zusätzlichen Kosten gemacht werden. Zur Umsetzung ist unter Umständen ein Finanzierungsbeschluss erforderlich, der frühestens im Herbst 2021 in den Stadtrat eingebracht werden kann. Die Frist für die Bearbeitung dieses Antrags soll daher verlängert werden bis 30.06.2022.

1.2 Antrag zur Weiterentwicklung der Investitionskostenförderung

Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04792 (Anlage 2) wurde in der Vollversammlung am 23.10.2019 bis 30.06.2020 aufgegriffen. Er konnte bislang noch nicht abschließend bearbeitet werden, weil die Richtlinie zur investiven Förderung von Pflegeplätzen sowie zur Gestaltung von Pflege im sozialen Nahraum (PflegesozNahFÖR) des Freistaats Bayern erst Ende November 2019 in Kraft trat. Es kann noch nicht eingeschätzt werden, wie viele Pflegeeinrichtungen vom Freistaat Bayern eine Förderung erhalten werden und wie lange das Verfahren dauert, da bislang noch keine Entscheidung des Freistaats bekannt ist.

Das Sozialreferat hat die juristischen und finanziellen Auswirkungen auf die städtischen Richtlinien zur Förderung von Investitionen für teil- und vollstationäre Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege inzwischen geprüft. Dabei wurden die Punkte des oben genannten Stadtratsantrags einbezogen. Die städtischen Förderrichtlinien müssen überarbeitet und angepasst werden.

Die dazu erforderliche Beschlussvorlage ist für die Sitzung des Sozialausschusses im November vorgesehen, wobei eine kurzfristige Verschiebung auf den Dezember derzeit nicht ausgeschlossen werden kann. Die Frist für die Bearbeitung dieses Antrags soll daher verlängert werden bis 31.12.2020.

1.3 Antrag zum erhöhten Regelsatz

Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04896 (Anlage 3) wurde in der Vollversammlung am 19.02.2020 aufgegriffen. In diesem Ausschuss wurde das Sozialreferat beauftragt, die Einführung einer freiwilligen kommunalen Leistung für Lebensqualität im Alter oder einer vergleichbaren Zweckbindung zu prüfen. Die Leistung soll dabei in Orientierung an das Bayerische Familiengeld und das Landespflegegeld so ausgestaltet werden, dass sie auf die Leistungen nach dem SGB XII nicht angerechnet werden kann.

Ein weiteres Schreiben des Oberbürgermeisters an Herrn Bundesminister Heil sowie die Bundesvorsitzenden von CDU und SPD, in dem dringend um eine Abkehr von der bundeseinheitlichen Berechnung des Regelsatzes gebeten wurde, wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erneut abschlägig beantwortet.

Die gewünschte Suche nach einer Lösung für die Problematik, die wohl nicht ohne den Bundesgesetzgeber erfolgen kann, dauert noch an. Eine überschlägige Berechnung hat für eine Anhebung des derzeitigen Aufschlages auf 100 Euro bei ca. 18.000 Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter bei der Landeshauptstadt München und dem Bezirk Oberbayern einen Finanzbedarf von zusätzlich jährlich 17 Mio. Euro ergeben.

Zur Umsetzung ist ein Finanzierungsbeschluss erforderlich, der frühestens im Herbst 2021 in den Stadtrat eingebracht werden kann. Die Frist für die Bearbeitung dieses Antrags soll daher verlängert werden bis 31.12.2021.

1.4 Anträge zum Mieterschutz

Mit den Stadtratsanträgen Nr. 14-20 / A 05074 (Anlage 4) und Nr. 14-20 / A 04893 (Anlage 5) wurde das Sozialreferat beauftragt, für alle Münchner*innen, die über einen München-Pass verfügen bzw. ein geringes Einkommen haben, die Beiträge für einen der Münchner Mietervereine zu übernehmen bzw. die Mietervereine mit einem Beratungsangebot zu beauftragen und zu bezuschussen.

Mit Beschluss des Sozialausschusses vom 12.12.2019 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16346) wurden die Anträge aufgegriffen bis 31.07.2020.

Die Bearbeitung der Anträge dauert pandemiebedingt noch an. Zum einen muss noch geklärt werden, inwieweit das kostenlose Angebot der städtischen Mietberatungsstelle – auch unter Berücksichtigung des Beschlusses der Vollversammlung vom 27.11.2019 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14841) – die Bedarfe von hilfebedürftigen Münchner*innen bzw. von Bürger*innen mit geringem Einkommen abdecken kann. Zum anderen sind Abklärungen mit den Mietervereinen (Mieterverein München e. V., Mieter helfen Mietern und Münchner Mieterverein e. V.) erforderlich, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen sie den genannten Personenkreis in mietrechtlichen

Angelegenheiten unterstützen können.

Sofern die mietrechtlichen Beratungen durch die Mietervereine erfolgen sollen, müssen die entsprechenden Beiträge entrichtet werden. Zur Umsetzung ist deshalb ein Finanzierungsbeschluss erforderlich, der frühestens im Herbst 2021 in den Stadtrat eingebracht werden kann. Die Frist für die Bearbeitung dieser beiden Anträge soll daher verlängert werden bis 31.12.2021.

2 Terminverlängerung für in Bearbeitung befindliche Anträge

2.1 Anträge auf Errichtung eines Alten- und Servicezentrums

Mit den Stadtratsanträgen Nr. 14-20 / A 05201 (Anlage 6) und Nr. 14-20 / A 06521 (Anlage 7) sowie Nr. 14-20 / A 04607 (Anlage 8) wurde das Sozialreferat beauftragt, in den Stadtbezirken Laim, Hadern und Freiham/Lochhausen jeweils die Einrichtung eines weiteren Alten- und Service-Zentrums (ASZ) zu prüfen und umzusetzen.

Das Sozialreferat arbeitet trotz pandemiebedingter Verzögerungen mit Hochdruck an einer Realisierung der beiden neuen Standorte, dennoch ist es bis heute noch nicht gelungen, die mit Eigentümern, dem Kommunalreferat und dem Kulturreferat (Standort Hadern) erforderlichen Abstimmungen abzuschließen.

Zudem sind zur Umsetzung Finanzierungsbeschlüsse bzw. Beschlüsse mit finanziellen Vorfestlegungen erforderlich, die aufgrund der Haushaltslage frühestens im Herbst 2021 in den Stadtrat eingebracht werden können. Die Frist für die Bearbeitung dieser Anträge soll daher verlängert werden bis 31.12.2021.

2.2 Antrag auf Sanierung des ASZ Berg am Laim

Mit Antrag Nr. 14-20 / A 02100 (Anlage 9) wurde das Sozialreferat beauftragt, den barrierefreien Umbau des ASZ Berg am Laim zu prüfen.

Hier ist es trotz intensiver Bemühungen bislang noch nicht gelungen, den für einen solchen Umbau erforderliche einstimmigen Beschluss der Eigentümerversammlung herbei zu führen. Zudem ist auch hier zur Umsetzung ein Finanzierungsbeschluss erforderlich, der haushaltsbedingt frühestens im Herbst 2021 vorgelegt werden kann. Die Frist für die Bearbeitung dieses Antrags soll deshalb verlängert werden bis 31.12.2021.

2.3 Antrag auf kostenloses Mittagessen

Mit Antrag Nr. 14-20 / A 06681 (Anlage 10) wurde das Sozialreferat um Prüfung gebeten, inwieweit das Mittagessen in den ASZ für alle Besucher*innen kostenfrei ausgegeben werden kann.

Zur Umsetzung ist ein Finanzierungsbeschluss erforderlich, der frühestens im Herbst 2021 in den Stadtrat eingebracht werden kann. Die Frist für die Bearbeitung dieses Antrags soll daher verlängert werden bis 31.12.2021.

2.4 Antrag auf Computerausstattung für einkommensschwache Familien

Mit Antrag vom 12.05.2020 (Antrag Nr. 20-26 / A 00020, Anlage 11) wurde das Sozialreferat beauftragt, einkommensschwachen Familien einen Zuschuss zum Kauf eines Laptops, Tablets oder PC zu gewähren. Der berechtigte Personenkreis soll sich hier auf alle München-Pass-Berechtigten erstrecken und geht somit deutlich über die bislang bereits vorhandenen Zuschussprogramme (Laptops für Kinder und Jugendliche im SGB II bzw. Laptops für Senior*innen mit geringem Einkommen) hinaus.

Für die Umsetzung dieses Antrags ist ein Finanzierungsbeschluss erforderlich, der angesichts der Haushaltslage frühestens im Herbst 2021 in den Stadtrat eingebracht werden kann. Die Frist für die Bearbeitung dieses Antrags soll daher verlängert werden bis 31.12.2021.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Schreyer, der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Hübner, der Stadtkämmerei, der Gleichstellungsstelle für Frauen und dem Sozialreferat/ Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

Der Sozialausschuss beschließt als vorberatender Ausschuss:

1. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04792 vom 14.12.2018 bleibt aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2020.
2. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04896 vom 24.01.2019 bleibt aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2021.
3. Der Antrag Nr. 14-20 / A 02100 vom 09.05.2016 bleibt aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2021.

Der Sozialausschuss beschließt abschließend:

4. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04455 vom 29.09.2018 bleibt aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 30.06.2022.
5. Der Antrag Nr. 14-20 / A 05074 vom 08.03.2019 bleibt aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2021.
6. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04893 vom 23.01.2019 bleibt aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2021.
7. Der Antrag Nr. 14-20 / A 05201 vom 05.04.2019 ist aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2021.
8. Der Antrag Nr. 14-20 / A 06521 vom 15.01.2020 ist aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2021.
9. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04607 vom 26.10.2018 ist aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2021.
10. Der Antrag Nr. 14-20 / A 06681 vom 06.02.2020 ist aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2021.
11. Der Antrag Nr. 20-26 / A 00020 vom 12.05.2020 ist aufgegriffen. Die Frist zur Bearbeitung des Antrags wird verlängert bis 31.12.2021.
12. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung der Ziffern 1 und 3 im Antrag der Referentin obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Verena Dietl
Bürgermeisterin

Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über D-II-V/SP

an das Direktorium – Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit**

An die Gleichstellungsstelle für Frauen

z.K.

Am

I.A.